

Die Botschaft

AZ 5312 Döttingen
Fr. 1.80

Mittwoch, 14. Dezember 2016
Nr. 146

redaktion@botschaft.ch
Tel. 056 269 25 25



Die Zeitung für das Zurzibiet und angrenzende Gemeinden



«Rheintal+»-Gemeinden prüfen Fusion

Durchbruch: Zehn Zurzibietler Gemeinderäte erklären sich bereit, einen Zusammenschluss näher zu prüfen. Am 24. Januar laden sie die Bevölkerung zur Informationsveranstaltung ins Ebianum ein.

ZURZIBIET (tf) – Vor genau einem Jahr erstatteten elf Zurzibietler Gemeindevorstände Bericht über ihren Versuch, innerhalb der neuen Klammer «Rheintal+» in einen gegenseitigen (und gemeindeübergreifenden) Dialog zu treten. Das erste Fazit klang bereits äusserst hoffnungsvoll. Es war zum geschichtsträchtigen Schulterschluss gekommen. Elf Gemeinden hatten sich an einen Tisch gesetzt und unter der Leitung von Peter Webers Beratungsbüro PW Consulting (Wil) zum Stichwort «Zukunftsstrategie» mögliche und unmögliche Wege in die Zukunft diskutiert. Nach einem knappen Dutzend Arbeitssitzungen einigten sie sich darauf, das Gespräch weiter zu vertiefen und bildeten in der Folge im Januar 2016 fünf Arbeitsgruppen mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten – diskutieren wollte man unter anderem eine gemeinsame Tourismus-Strategie und eine vertiefte Prüfung eines Zusammenschlusses.

Kredit Antrag im April

Jetzt, ein weiteres Jahr später, verkünden zehn der elf Gemeinden – es sind dies Bad Zurzach, Baldingen, Böbikon, Fisibach, Kaiserstuhl, Mellikon, Rekingen, Riethem, Rümikon und Wislikofen – den nächsten Meilenstein: Man will eine Fusion prüfen. Mit Ausnahme des Siglistorfer Gemeinderates erklär-

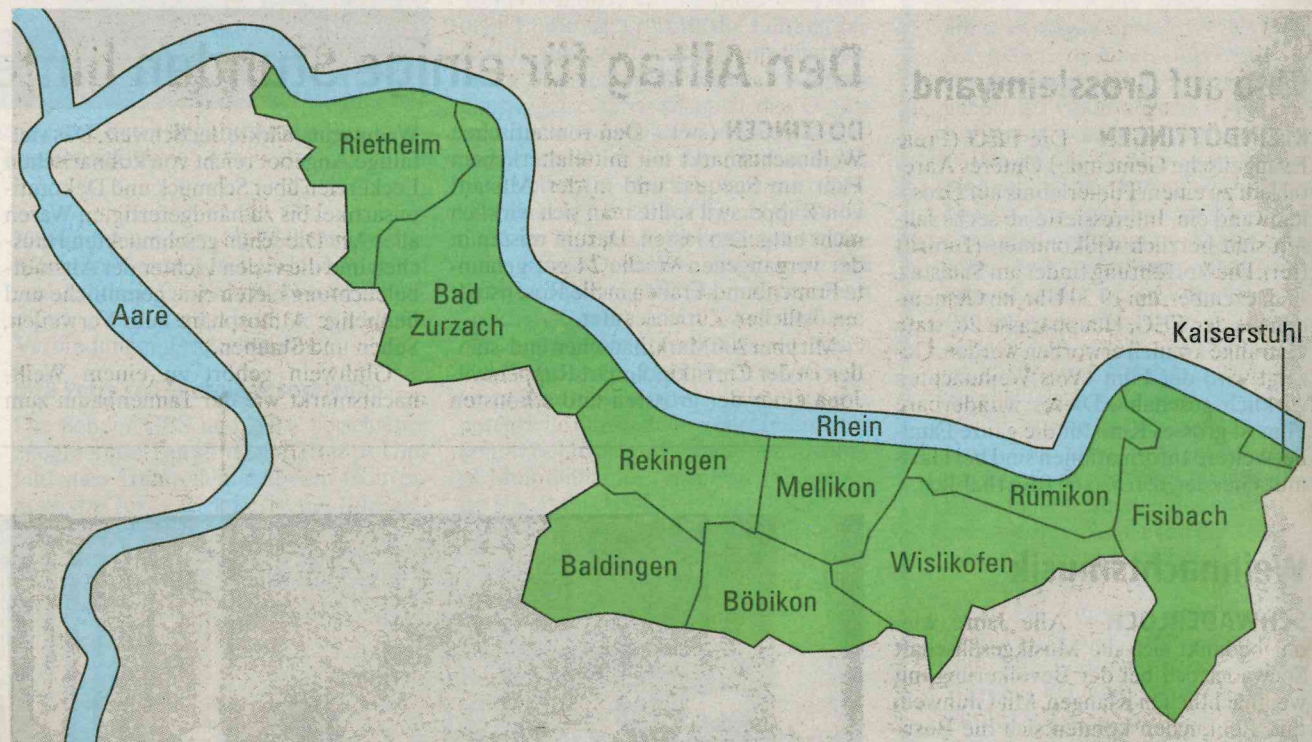
ten sich alle Rheintaler-Studenland-Gemeinderäte bereit, einen möglichen Zusammenschluss der Gemeinden genauer unter die Lupe zu nehmen.

Wie einem in die Haushalte verschickten Flyer zu entnehmen ist, wollen die «Rheintal+»-Gemeinden die breite Bevölkerung am 24. Januar 2017 im Ebianum zur Vorgehensweise des Projektes im Detail informieren. Bereits eine knappe Woche davor sollen Gemeinderäte und Mitarbeiter der Gemeinden in der Turnhalle Kaiserstuhl über die Absichten ins Bild gesetzt werden. Am 6. April 2017 schliesslich sollen die Einwohner an ausserordentlichen Gemeindeversammlungen in allen zehn Gemeinden über einen Kreditantrag für eine vertiefte Prüfung eines Zusammenschlusses abstimmen.

Ein «Ja» – aller Skepsis zum Trotz

Zu den konkret betrachteten Vor- und Nachteilen will sich Projektleiter Peter Weber zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht äussern, verspricht aber, dass an der Informationsveranstaltung erklärt wird, warum ein Zusammenschluss von den Gemeinderäten überhaupt in Betracht gezogen wird. Die Vor- und Nachteile einer «vertieften Prüfung» werden dort ebenso dargestellt werden, wie auch der Ablauf des Projektes.

Allein aber die Bereitschaft der zehn Gemeinderäte, eine Fusion ins Auge zu



Zehn Gemeinden aus dem Rheintal-Studenland wollen einen Zusammenschluss prüfen.

fassen, erachtet Peter Weber bereits als grossen Erfolg. Der Mut zu Neuem und der pionierhafte Geist der im Amt stehenden Gemeindeammänner haben ihn beeindruckt. Weber macht kein Geheimnis daraus, dass unter den zehn Ammännern nach wie vor skeptische Stimmen zu vernehmen sind: Umso mehr schätze er die Bereitschaft dieser Ammänner, dennoch ergebnisoffen am Prozess teilzunehmen.

Als einzige Gemeinde aus dem Gespräch über einen möglichen Zusammenschluss vorläufig ausgeklippt hat sich die Gemeinde Siglistorf. Nach Auskunft

von Peter Weber erachtet Ammann Stefan Schuhmacher den Alleingang nach wie vor als gangbaren Weg. «Siglistorf hat ja bereits ein solches Projekt hinter sich. Offensichtlich wurde im aktuellen Leitbild darauf verzichtet, weitere Zusammenschlüsse zu prüfen. Siglistorf steht nach wie vor zum Projekt Rheintal+ und macht in den Arbeitsgruppen aktiv mit.»

Gespräch auf dem Weg zum Ziel

Die Initiative «Rheintal+» steht unter dem Motto «vereint stark» und so überrascht es nicht, dass im vergange-

nen Jahr nicht nur über einen möglichen Zusammenschluss diskutiert wurde, sondern dass in den weiteren vier Arbeitsgruppen auch über eine Harmonisierung der Bau- und Nutzungsordnungen, über regionale Bauverwaltungen, über die genannte gemeinsame Tourismusstrategie, über lokale Buslinien und über die Vernetzung von Gewerbe, Industrie und Politik gesprochen wurde. Erste Ergebnisse zu diesen Themenbereichen sollen an den Informationsveranstaltungen im Januar ebenfalls vorgelegt werden.